

# AKTUELLES aus der Gemeinde

## Ein finanzielles Abenteuer ohne Ende:

### Umgehungsstraße von Höhenkirchen in Sonderbaulast

Von Anfang an haben die Unabhängigen Bürger gegen die Sonderbaulast gestimmt. Ihre Bedenken waren nicht unbegründet:

Obwohl die Gemeinde die Umgehung nun zu 40 % selbst finanziert, kommt die Straße nicht früher als im regulären Verfahren. Die Bürgermeisterin, die sich als Macherin profilieren wollte, hat sich vom Straßenbauamt über den Tisch ziehen und sich die schwierigen Grunderwerbsverhandlungen und den kostspieligen

Grundstückskauf aufbürden lassen. Die aufreibenden Verhandlungen mit den Grundeigentümern haben den Baubeginn bis heute verzögert. Der gemeindliche Kostenanteil hat sich gegenüber den anfänglichen Prognosen mehr als verdoppelt.

### Was ist eine Sonderbaulast?

Die Staatsregierung bietet das Finanzierungsmodell „Sonderbaulast“ solchen Gemeinden an, die eine Umgehungsstraße bauen und auf diese nicht mehr länger warten wollen.

- ★ Die Gemeinde übernimmt für den Freistaat den Bau der neuen Staatsstraße, der dafür der Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 65 % der Baukosten zahlt. 35 % verbleiben der Gemeinde.
- ★ Die fertige Straße geht in das Eigentum des Freistaats über, der später auch den Unterhalt besorgen muss.

Wenn also beim ersten Spatenstich am 6. September 2006 Vertreter der Staatsregierung die „großzügigen Fördermittel“ erwähnten, so ist das Augenauswischerei. Großzügig ist die Gemeinde, die einen Teil der Pflichtleistungen des Freistaats übernimmt.

Im Fall Höhenkirchen-Siegertsbrunn kommt als weitere Belastung für die Gemeinde hinzu, dass diese auch den Baugrund erwerben und obendrein mit den Grundbesitzern die Verhandlungen führen muss.

*Fortsetzung auf Seite 3*

## Die HöSi-Affäre – einige Klarstellungen

### Der Gemeinderatsbeschluss für „Das HöSi“ war eine Fehlentscheidung

Obwohl der Gemeinderatsbeschluss für „Das HöSi“ einstimmig fiel, war er eine Fehlentscheidung. Der Gemeinderat hatte zwar bei der Entscheidungsfindung über die Figur an sich diskutiert (inhaltliche Aussage, Standort, Preis, Zeitpunkt der Aufstellung). Nicht behandelt wurden wichtige Fragen, die aber die Bürger bewegten, nämlich:

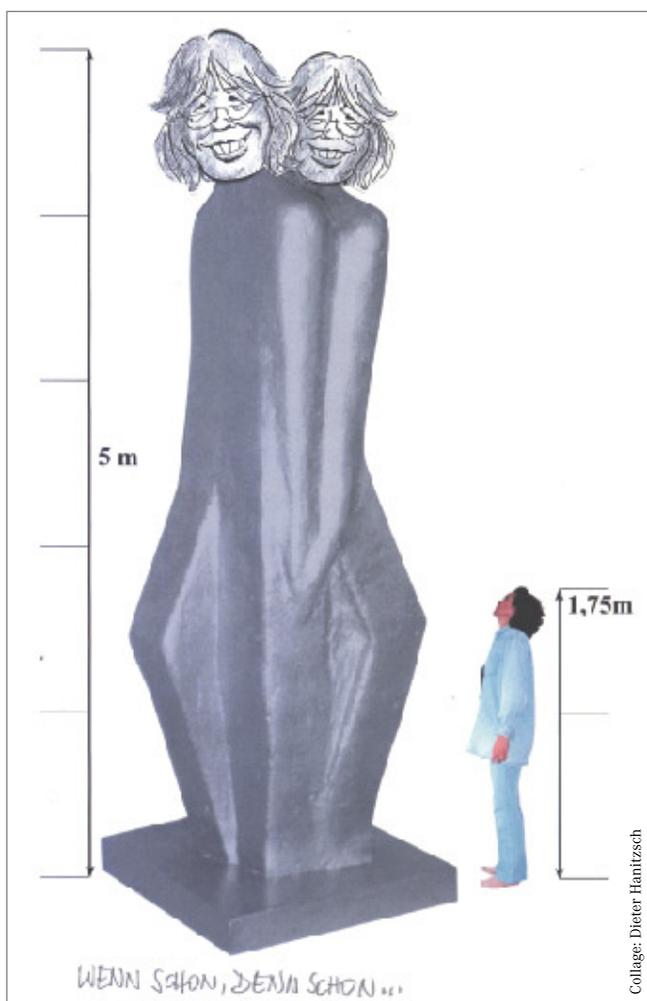
- ★ das vollkommene Fehlen einer Ausschreibung oder eines Wettbewerbs,
- ★ die mangelnde Einbindung der Bürger bei der Meinungsfindung.

Viele Bürger fühlten sich durch das aufgenötigte Gemeindefymbol bevormundet. Die UB-Gemeinderäte Ulrich Bug und Florian Sepp ließen sich daher noch vor Beginn der Unterschriftenaktion überzeugen...

*Fortsetzung auf Seite 2*

#### Folgende weitere Themen in dieser Ausgabe:

- Aufgeschnappt aus Gesprächen bei der Unterschriftensammlung gegen das "HöSi" ..... Seite 2
- Gebührenwucher beim Kindergarten verhindert ..... Seite 4
- kurz gemeldet ..... Seite 5
- Glosse: *Endlich ist sie da!* ..... Seite 5
- Kommentar: *Nüchtern betrachtet* ..... Seite 6
- Wer sind die "Unabhängigen Bürger (UB)"? ..... Seite 6



Collage: Dieter Hantzsch

„Was heißt hier Unterschriftenaktion – die Meisterin aller Bürger bin ich!“

# Die HöSi-Affäre – einige Klarstellungen

Fortsetzung von Seite 1

... dass die Entscheidung für das „HöSi“ vorschnell gefällt worden war. Angesichts der neuen Argumente erachteten es die UB-Gemeinderäte als ihre Pflicht, die Revision des Beschlusses anzustreben.

## **Der Auftrag für „Das HöSi“ wurde ohne Gemeinderatsbeschluss vergeben**

Die Bürgermeisterin hat die Skulptur „Das HöSi“ ohne den notwendigen Gemeinderatsbeschluss in Auftrag gegeben. Der Gemeinderat hatte am 6. April 2006 der Anschaffung der Figur nur im Grundsatz zugestimmt und die Höhe von 5 m festgelegt. Beauftragt wurde die Bürgermeisterin lediglich mit dem Sammeln von Spenden.

Ausdrücklich **nicht** beschlossen hatte der Gemeinderat die Auftragsvergabe an eine Gießerei. Das war zwar die Empfehlung des Hauptverwaltungsausschusses vom 16. März 2006 und auch der Wunsch der Bürgermeisterin gewesen. Diesen Vorgaben war der Gemeinderat jedoch nicht gefolgt.

An diesen Beschluss, der nicht mit ihren Wünschen übereinstimmte, fühlte sich die Bürgermeisterin nicht gebunden. Obwohl das Vorhaben in der Bevölkerung schon früh Unmut auslöste, beauftragte sie eine Gießerei mit der Erstellung der Skulptur. Damit sollte wohl gezielt eine Revision des Gemeinderatsbeschlusses verhindert und eine politische Niederlage abgewendet werden. Bequem konnte Mayer nun auch der Unterschriftenaktion vorwerfen, dass sie zu spät gekommen sei, nachdem sie deren Initiatoren schon bei der Ankündigung Ende Mai undemokratisches Verhalten und „Unruhestiftung“ vorgeworfen hatte.

## **Die Abstimmung über den Antrag, den HöSi-Beschluss zu kritisieren, wurde widerrechtlich verhindert**

Bei der Unterschriftensammlung sprachen sich 1561 Bürger, rund ein Viertel der Wahlberechtigten, nicht nur gegen „Das HöSi“ aus, sondern kritisierte auch den gesamten Entscheidungsprozess (keine Wettbewerb, keine Bürgerbeteiligung). Dieses Ergebnis erschien den beiden UB-Gemeinderatsmitgliedern so gewichtig,

dass sie zur Sitzung am 20. Juli 2006 einen dringlichen Antrag einbrachten. Sie forderten, den Grundsatzbeschluss vom 6. April zurückzunehmen und einen Wettbewerb durchzuführen. Weil die Unterschriftenaktion erst zwei Tage vor der Gemeinderatssitzung endete, konnte der Antrag nur sehr kurzfristig gestellt werden.

Die Bürgermeisterin verweigerte die Abstimmung über diesen Antrag mit dem Argument, der Antrag sei nicht fristgerecht eingegangen. Genau für solche dringliche Fälle sieht die Geschäftsordnung des Gemeinderats aber vor, dass auch später gestellte Anträge behandelt werden können!

## **Fazit: „Augen zu und durch“**

So lautete das Motto, mit der die Bürgermeisterin und der gesamte Gemeinderat außer Ulrich Bug und Florian Sepp an der offenkundigen Fehlentscheidung des Gemeinderats für „Das HöSi“ festhielten. Das Vorgehen der Bürgermeisterin war dabei nicht nur politisch, sondern auch juristisch fragwürdig.

Eigentlich sollte sich der Gemeinderat energisch gegen Übergriffe der Bürgermeisterin in seine Kernkompetenzen zu Wehr setzen. Dazu waren aber die übrigen Gemeinderatsmitglieder nicht bereit. In dieser Situation war eine Dienstaufsichtsbeschwerde der UB-Gemeinderäte die notwendige Folge. Unabhängig davon wie das Landratsamt entscheidet, sollte sich der Bürger eine eigene Meinung bilden.

## **Der eigentliche Skandal**

Noch nie zuvor hatte eine Unterschriftenaktion in der Gemeinde eine solche Resonanz. Dass die Gemeinderatsmehrheit und Bürgermeisterin Mayer ein von so vielen Bürgern getragenes Votum einfach ignorierten, ist eine unglaubliche Missachtung demokratischer Grundregeln und ein Schlag gegen das Engagement der Bürger. Schon die Tatsache, daß bei der Unterschriftenaktion Vorschläge für eine andere Gestaltung geäußert wurden, wie z.B. für einen zentral gelegenen Brunnen, zeigt, daß hier versäumt wurde, alle Bürger in ein so ein wichtiges Vorhaben einzubinden.

## Aufgeschnappt!

Aus Gesprächen bei der Unterschriftensammlung gegen das "HöSi"

„So viel Geld! Und wir müssen für jede Kleinigkeit, die unsere Fußball-Kinder brauchen, irgendwo betteln gehen!“

*Ein Fußballtrainer*

„Ich bin ja auch gegen das HÖSI! Aber ...“

*Ein CSU-Gemeinderat am 25. Juni bei einer längeren Diskussion am Unterschriftenstand*

„Wenn die die Listen sehen, müssen sie nachgeben. Man braucht ja nur zu schauen, wer da alles unterschreibt!“

*Ein Helfer bei einem Unterschriftenstand*

„In anderen Gemeinden wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Da hätte ich bestimmt sehr gerne mitgemacht.“

*Ein Kunststudent aus Siegertsbrunn*

„Wer da wohl spendet? Hoffentlich werden die Namen einmal veröffentlicht.“

*Ein Vereinsvorstand*

„So eine Gemeinheit, daß wir nicht unterschreiben dürfen. Schließlich müssen wir das Monster am längsten anschauen!“

*Mehrere Jugendliche unter 18 Jahren*

## Argumente der „HöSi“-Gegner nicht widerlegt!

Mehr als eine Stunde verwendete die Bürgermeisterin in der Gemeinderatssitzung am 20. Juli darauf, die Argumente gegen das „HöSi“ zu „widerlegen“.

Zahlreiche Fotomontagen sollten belegen, dass die Skulptur eigentlich recht klein sei. Die Bavaria und die Leonhardikirche als Vergleichsobjekte dafür zu nehmen, ist einfach schlichter Unsinn.

Der Name „HöSi“ bleibt – entgegen bisheriger Zusagen, dass die Skulptur einen anderen Titel erhalten sollte. Die Bürgermeisterin verwies auf den Gebrauch von Hösi/hoesie als Abkürzungen in Internetadressen. Dennoch ist der Name albern. Zwischen einer technisch bedingten Abkürzung und dem Titel einer Skulptur gibt

es eben Unterschiede. Das „HöSi“ soll jetzt nur noch Symbol des Kulturjahrs sein und habe mit der Gemeinde sonst nichts zu tun. Das war am Anfang ganz anders verkauft worden. Auch CSU-Kollegen hatten erkennbare Mühe, dieser halsbrecherischen Kehrtwende zu folgen.

Positiv ist nur, dass die Skulptur die Gemeinde nichts kosten wird. Andererseits – wer schon einmal Sponsoren für eine Veranstaltung gesucht hat, weiß, wie schwierig das ist. Die in das „HöSi“ geflossenen Gelder werden nun für andere, sinnvollere Projekte wohl fehlen.

## Ein finanzielles Abenteuer ohne Ende:

*Fortsetzung von Seite 1*

### Was ist das Problem an der Sonderbaulast?

Seit Jahren klagen die Gemeinden über finanzielle Probleme. Hauptursache ist: Bund und Freistaat beschließen immer öfter Maßnahmen, die nicht sie, sondern die Gemeinden bezahlen müssen. Die Sonderbaulast ist dabei nur ein ganz besonders

dreister Finanzierungstrick des Freistaats: Den Druck, der wegen der Verkehrsproblematik auf den örtlichen Entscheidungsträgern lastet, nützt die Staatsregierung, um ihren Haushalt zu sanieren.

### Versprechungen

Im Herbst 2003 informierte die Bürgermeisterin die Bürgerversammlung den Gemeinderat über die mögliche Sonderbaulast, deren Höhe 1,3 Mill. € betragen sollte.

In der außerordentlichen Bürgerversammlung vom 17. Mai 2004 stellte der Vertreter des Straßenbauamts in Aussicht, dass mit der Sonderbaulast (Kosten: 1,7Mio € ) der Bau vielleicht sogar noch

2004 beginnen könne. Behauptet wurde auch, die Grundstücksfragen seien weitgehend geregelt. Daher sprach sich die Bürgerversammlung für den Antrag der Bürgermeisterin zur Übernahme der Sonderbaulast aus, in der Folge auch der Gemeinderat, allerdings ohne die Stimmen der UB und der Grünen.

### Die Realität

Der erhoffte rasche Baubeginn blieb eine Illusion. Vielmehr stellte sich heraus, dass

- ★ der Grunderwerb noch gar nicht begonnen hatte.
- ★ die Gemeinde die Grundstücksverhandlungen selbst durchführen muss.
- ★ die Gemeinde zahlreiche Grundstücke ohne Staatszuschuss auf eigene Kosten erwerben muss.

Das Straßenbauamt hatte für die Trasse der Umgehungsstraße nur Tauschflächen erworben. Viele Grundeigentümer wollen aber nicht tauschen, sondern verkaufen.

Diese Grundstücke muss die Gemeinde erwerben, ohne dafür vom Freistaat Bayern eine Förderung zu erhalten. Die bereits erworbenen Tauschflächen überlässt der Freistaat nicht der Gemeinde, sondern behält sie. Die Gemeinde finanziert somit diesen Teil des Grunderwerbs zu 100 %.

Die Bürgermeisterin ist gegenüber den Grundstückseigentümern in einer schwierigen Verhandlungsposition, da sie die Grundstücke unbedingt erwerben muss. Ein Ende ist nicht absehbar. Kündigte die Bürgermeisterin noch auf der Bürgerversammlung 2005 wohl mit dem Mut der Verzweiflung an, sie hoffe bis Weihnachten 2005 die Verhandlungen abzuschließen, hieß es im Gemeindeblatt vom September 2006, dass nun die Einleitung von Enteignungsverfahren drohe.

### Wem nützt das Finanzierungsmodell?

Den Anwohnern, wenn die Straße wirklich früher gebaut wird. Das ist aber bis heute fraglich.

Der Staatsregierung, denn sie kann der Gemeinde 35 % der Baukosten, den größten Teil der Grunderwerbskosten und die anstrengenden Verhandlungen mit den Grundeigentümern aufbürden.

### Wem schadet dieses Finanzierungsmodell?

Der Gemeinde, die dadurch weniger Geld für ihre eigenen Belange zur Verfügung hat.

Der Bürgermeisterin und der Gemeindeverwaltung, weil ihre Kräfte in langwierigen Grundstücksverhandlungen gebunden sind.

## Hätte die Regelbaulast wirklich eine Verspätung bedeutet?

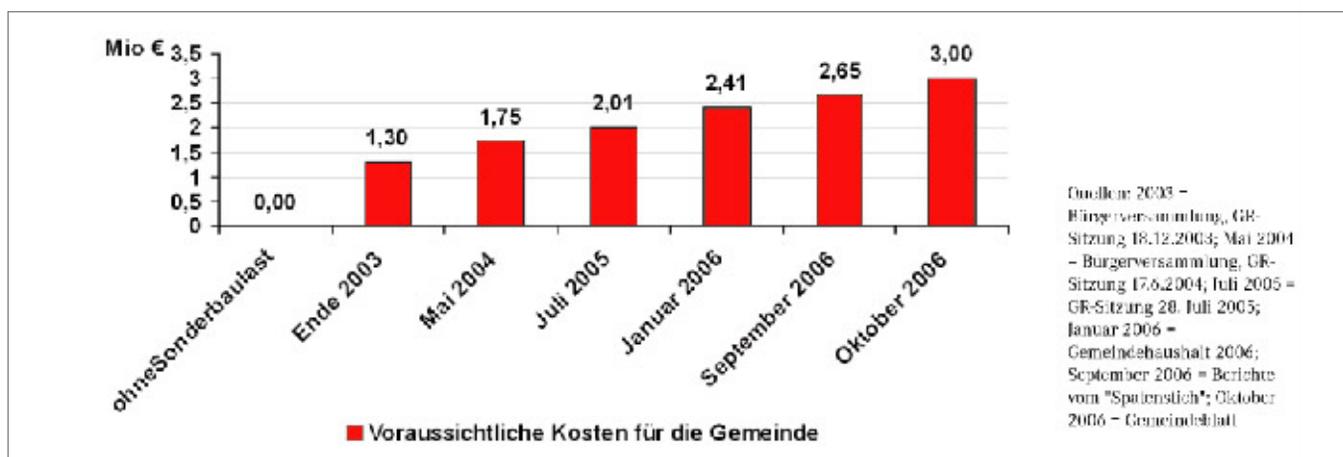
Die Bürgermeisterin ließ sich 2004 zur Sonderbaulast vor dem Hintergrund überreden, dass die staatlichen Mittel für den Straßenbau deutlich gesunken waren. In der Regelbaulast, d.h. dass der Freistaat alles zahlt, könne der Bau nicht vor 2008 beginnen.

Tatsächlich war 2004, als der nach den Landtagswahlen im Herbst 2003 begonnene Stoibersche Sparkurs seinen Höhepunkt erreicht

hatte, der Straßenbauetat stark gekürzt worden. Aber bereits 2005 standen wieder mehr Mittel zur Verfügung als in den 1990er Jahren. 2006 wurde der Straßenbauetat nochmals aufgestockt. Für den Doppelhaushalt 2007/2008 plant der bayerische Finanzminister sogar, zusätzlich 40 Mill. € für Straßenneubauten bereitzustellen!

## Und die Kosten steigen ...

Seit den ersten Ankündigungen haben sich die Kosten, die die Gemeinde voraussichtlich zu tragen hat (Baukostenanteil und Grundwerb), mehr als verdoppelt (siehe hierzu die Grafik). Wohin wird es sich noch steigern?



Vgl.: [www.stmi.bayern.de/bauen/strassenbau/fakten/index.php](http://www.stmi.bayern.de/bauen/strassenbau/fakten/index.php)

## Gebührenwucher beim Kindergarten verhindert

Der gemeindliche Kindergarten finanziert sich im wesentlichen aus drei Quellen (siehe Grafik): Gemeinde, Gebühren der Eltern und Zuschuss vom Freistaat.

Anlässlich der Reduzierung des Staatszuschusses von 31% auf 26% wurde von der Gemeindeverwaltung vorgeschlagen, die Gebührenordnung zu aktualisieren.

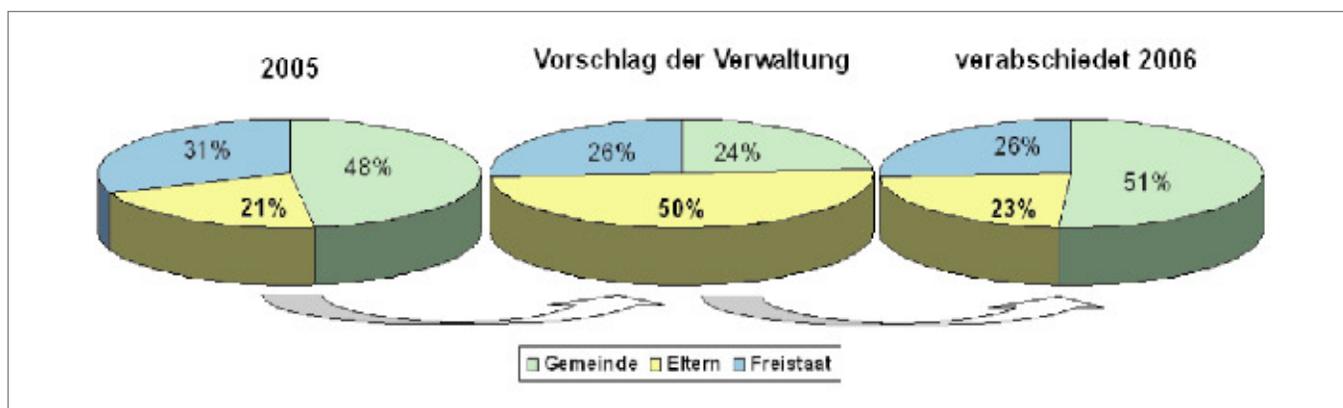
Es galt eine Balance zu finden zwischen einer angemessenen und einer sozialverträglichen Gestaltung des zukünftigen Tarifs. Die Tatsache, dass es seit sechs Jahren keine Anpassung gab, war dabei eine schwere Hypothek.

Der erste Vorschlag der Verwaltung wollte die Gebühren mehr als verdoppeln, teilweise verdreifachen, um eine 40-50%ige Deckung durch die Eltern zu erreichen, der Gemeindeanteil hätte sich dabei

halbiert. Die CSU war im Laufe der Diskussion bereit, eine Steigerung des Elternanteils auf 30% zu akzeptieren.

Die Gemeinderäte der UB protestierten grundsätzlich gegen den „unausgewogenen Wucher“ und erreichten – nun auch unter Einarbeitung von Anregungen anderer Fraktionen – eine Neuberechnung.

Nachdem dabei dann auch noch ursprüngliche Rechenfehler beseitigt wurden, sank der zukünftige Elternanteil auf 23%! Also hat sich das genaue Hinschauen und Nachrechnen der UB-Gemeinderäte gelohnt. Die neuen Kindergarten-Gebühren sind so nur maßvoll erhöht worden.



## kurz gemeldet

### +++ Mobilfunkmast am Bahnhof kommt wohl doch nicht +++

Nach der Infoveranstaltung am 28. September 2006 scheint es klar zu sein, dass der von O<sub>2</sub> vorgesehene Mast nicht am Bahnhof, sondern viel weiter südlich, außerhalb des Orts errichtet wird. Noch fehlen allerdings offizielle Stellungnahmen des Gemeinderats und der beteiligten Firmen. Der Gemeinderat wurde ja auf der Infoveranstaltung über den neuen Standort das erste Mal unterrichtet. Begründung: Es könnten sich sonst Gerüchte und Missverständnisse ausbreiten. Traut Frau Mayer ihrem Gemeinderat nicht mehr über den Weg?

### +++ Neustrukturierung der Rathaus-Verwaltung +++

Muss es 30.000 € kosten, eine Verwaltung mit 28 Mitarbeitern neu zu strukturieren? Auch wir glauben das nicht. Nach vier Jahren unter der Führung von Bürgermeisterin Mayer müsste es ihr möglich sein, eine so überschaubare Mitarbeiterzahl selbst zu organisieren. Darum haben die Gemeinderatsmitglieder der UB gegen dieses Vorhaben gestimmt.

## Glosse: *Endlich ist sie da!*

**Der unkontrollierte Wildwuchs aus Schmiedeeisen, bunter Keramik und Emaille in unterschiedlichen Farbstellungen an unseren Häusern hat ein Ende.**

Vereinheitlichung ist angesagt, abgestimmt auf die Uniformität der Neubaugebiete. Dass dies keine einfache Sache ist, muss jedem klar sein, es sind stolze 8 (in Buchstaben: acht) DIN A4-Seiten nötig, um dem Normalbürger klar zu machen, worum es geht:

*"Die Satzung über die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und Nummerierung der Gebäude und Grundstücke in der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn (Straßennamen- und Hausnummernsatzung)"*

Die für eine kleine Gemeinde wie Höhenkirchen-Siegertsbrunn relevanten Punkte ließen sich sicher auf übersichtlichen drei Seiten zusammenstellen, aber so einfach wollte man es sich und dem Bürger nicht machen. Daher wurde die Hausnummernsatzung der Stadt München eins zu eins übernommen. Sonst hätte man dem Leser ja solch klare und unverzichtbare Anweisungen vorenthalten wie die folgende:

*"§5/4. Der abgewinkelte Richtungspfeil eines Hinweisschildes oder Sammelhinweisschildes hat sich bei ungeraden Nummern auf der rechten, bei geraden Nummern auf der linken Seite des Hinweisschildes zu befinden, so dass sich der Richtungspfeil immer auf der Seite befindet, in deren Richtung sich die nächsthöhere Nummer ergibt..."*

Oder:

*"§9/2. Bei Eckgrundstücken, deren Gebäude vor Inkrafttreten dieser Satzung abweichend von §3 Absatz 1 zu einer Straße einnummeriert waren, an der nicht ihr Haupteingang liegt, kann die bisherige Einnummerierung belassen werden, wenn*  
2.1. *an der Straße, zu der die Einnummerierung erfolgte, ein Hausnummernschild sowie ein Hinweisschild auf den um die Ecke gelegenen Eingang nach Muster c) der Anlage zu dieser Satzung angebracht wird und*  
2.2. *die Auffindbarkeit des Eingangs nicht durch besondere Umstände erschwert wird."*

Nachdem nun alle Klarheiten beseitigt sind, muss auf die Einhaltung der Richtlinien besonders geachtet werden:

*"§7/2. Zur Überwachung und zum Vollzug dieser Satzung können die Mitarbeiter der für die Hausnummernerteilung bzw. der Hausnummernüberwachung zuständigen Stellen der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn die Grundstücke jederzeit betreten."*



Da kommt auf die Gemeinde und deren Bürger ein großes Stück Arbeit zu. Zahllose Hauseigentümer müssen ihre Hausnummernschilder auf Norm bringen oder bei der Gemeinde Ausnahmeanträge stellen. Gemeindemitarbeiter dürfen durch die Siedlungen streifen und Schilder begutachten.

**Es gibt viel zu tun! Packen wir es an!**

## Kommentar: *Nüchtern betrachtet.*

Rauschhafter Aktionismus ist ein Kennzeichen der bisherigen Amtszeit von Bürgermeisterin Mayer. Dass dabei auch Vorzeigbares entsteht und geschieht, sei nicht verschwiegen - **nüchtern betrachtet** ist sie dafür aber auch gewählt worden.

Allerdings, die lockere Hektik, mit der sie ihren Macher-Ehrgeiz zuweilen befriedigt, wird - **nüchtern betrachtet** - von Skrupeln kaum gebremst.

Ungereimtes, Widersprüchliches, finanzielle Abenteuer, ein auf Wirkung bedachter Führungsstil und nassforschende Ignoranz Bürgern gegenüber sind die Wegmarken, die sie in selbstgefälliger Manier setzt. Aus der Autorität des Bürgermeisteramtes leitet sie die Befugnis zu autoritärem Gebaren ab; absoluter Durchsetzungswille ist eine Kategorie, die sie auch ihrer eigenen Gemeinderatsfraktion gegenüber demonstriert.

Dass mit diesen „Tugenden“ manches Projekt ins Schlingern gerät, nimmt sich die Bürgermeisterin nicht weiter übel.

Da wird für die Umgehungsstraße von Grundstücksverhandlungen „in trockenen Tüchern“ geschwafelt - **nüchtern betrachtet** stehen langwierige Enteignungsverfahren in Aussicht.

Beim glorreichen Spatenstich darf sich der Staat großzügiger Unterstützung des Vorhabens rühmen - **nüchtern betrachtet**

ist die Gemeinde großzügig, indem sie durch die spendable Bürgermeisterin Millionen investiert, um sie nach Fertigstellung der Straße dem Staat zu schenken.

Das in Rekordzeit errichtete Seniorenzentrum wird als Hort des Wohlbehagens gepriesen - **nüchtern betrachtet** muss zwar nicht der „sachkundige“ Geschäftsführer, aber mehr als die halbe Betreuermannschaft ausgewechselt werden, damit es „flutscht“, wie sich die Bürgermeisterin auszudrücken beliebt.

Das bei den Bürgern wenig geschätzte „HöSi“ wird, als Symbol des Kulturjahres verbrämt, aus dem Hut gezaubert und kraft des Kunstverständnisses der Bürgermeisterin zum Gemeindedenkmal bestimmt - **nüchtern betrachtet** handelt es sich um eine Trickserei zugunsten einer befreundeten Künstlerin. Wesentlich mitfinanziert wird die Skulptur übrigens durch die „Kreissparkasse“ - auf „Anregung“ des CSU-Parteifreundes, Landrat Janik.

Fazit eines anderen Parteifreundes: „Nichts gegen die Bürgermeisterin - aber manchmal vergaloppiert sie sich halt noch!“

Bis zur Kommunalwahl im Frühjahr 2008 wird sie schon noch in einen kontrollierteren Tritt kommen - **nüchtern betrachtet** wünschen sich das viele unabhängige Gemeindebürger.

*Albert Reichold*

## Wer sind die "Unabhängigen Bürger (UB)"?

Der Name ist Programm: Die UB sind ein Zusammenschluss von parteipolitisch unabhängigen Bürgern aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn. Ihre Mitglieder sind

- ★ an kein Parteiprogramm gebunden und
- ★ können sich selbständig ihre Meinung bilden.

Zu den Gemeinderatswahlen treten die UB mit einer eigenen Liste an, weil für eine gute Gemeindepolitik nicht das Parteibuch, sondern die persönliche Qualifikation und das Engagement des einzelnen Kandidaten entscheidend ist. Als Gemeinderatsmitglied

ist ein UB frei in der Abstimmung und unterliegt keinerlei Fraktionszwang. Ein UB vertritt nur seine eigene Überzeugung und stiftet damit manchmal eine unbequeme, aber gesunde Unruhe.

Die UB sind 1989 aus einem Arbeitskreis engagierter Bürger hervorgegangen. Dieser sammelte die Unterschriften von einem Viertel aller Wahlberechtigten gegen den seinerzeit umstrittenen Entwurf des Flächennutzungsplans.

Die damalige absolute CSU/AFW-Mehrheit des Gemeinderats zog ihn daraufhin zurück.

Haben Sie Interesse, sich kommunal-, aber nicht parteipolitisch zu engagieren? Oder möchten Sie sich einfach nur informieren?

Besuchen Sie uns im Internet unter [www.ub-hksbr.de](http://www.ub-hksbr.de) oder kommen Sie einfach zu einem der UB-Stammtische, die jeden letzten Montag im Monat um 20 Uhr in der "Alten Apotheke", Bahnhofstraße, stattfinden!

Impressum: Herausgeber (V.i.S.d.P.): Unabhängige Bürger für ein lebenswertes Höhenkirchen-Siegertsbrunn,  
1. Vorsitzender Ulrich Bug, Rieschbogen 64c, 85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn; Redaktion: Ulrich Bug, Franz Dielmann, Albert Reichold, Florian Sepp, Sigrid Zachary - Layout und Satz: MdotK - Martin Kaspar, Dachauerstr. 312, 80993 München, [www.mdotk.com](http://www.mdotk.com) - Druck: Alfred Hintermaier, Nailastr.5, 81737 München

